

**Antragsteller/in****Drucksachen-Nr.: - AZ**

Stv. Wagner, Manfred, SPD

0407/07 - I/163

Beratungsfolge

| Gremium | Sitzungsdatum | Abstimmungsergebnis |
|---|----------------------|----------------------------|
| Magistrat | 19.03.2007 | |
| Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschuss | 24.04.2007 | |
| Finanz- und Wirtschaftsausschuss | 02.05.2007 | |
| Stadtverordnetenversammlung | 10.05.2007 | |

Betreff:**Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz durch die Stadt Wetzlar****Text:**

Der Magistrat wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Wetzlar bis zum 10.09.2007 einen umfassenden Bericht vorzulegen, aus dem sich ergibt, welche

1. kurz-, mittel- und langfristigen Strategien er gerade unter Beachtung der Zielvorgaben aus dem Agenda-Prozess verfolgt, damit die Stadt Wetzlar als kommunale Gebietskörperschaft insgesamt unabhängiger von fossilen Energieträgern wird und zugleich einen lokalen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann?
2. Auswirkungen seine Strategie auf sein Agieren für die Stadt Wetzlar als Mehrheitsgesellschafter der enwag hat?
3. konkreten Maßnahmen er bisher ergriffen hat, damit die in den Nebenabreden zum Konsortialvertrag vom 03. Dezember 1987 zwischen der Stadt Wetzlar und Rhenag AG bzw. ihren Nachfolgern, unter Ziffer II.8 vereinbarten Unternehmensziele der enwag (damaligen Stadtwerke) auf dem Felde des Umweltschutzes realisiert werden?
4. Bedeutung misst er einer nachhaltigen lokalen Energie- und Klimapolitik als Standortfaktor bei?

5. Maßnahmen bisher durch den Oberbürgermeister im Rahmen seiner Geschäftsverteilungskompetenz ergriffen wurden, um die Zuständigkeit für lokale Energie- und Klimaschutzaktivitäten in der Stadtverwaltung zu bündeln und die Vertretung in dem Aufsichtsrat der enwag hieran zu orientieren?
6. Möglichkeiten er sieht, diese Fragestellungen zu einem zentralen Thema im Zuge der inhaltlichen Weiterentwicklung des von dem städtischen Amt für Umwelt und Naturschutz verantworteten Produktes „Beratung, Information und Förderung im Umwelt- und Naturschutz“ (Produkt Nummer 4.6.2) zu machen?
7. Aktivitäten er mit welchen Ergebnissen seit dem Beginn der laufenden Kommunalwahlperiode zur
 - verstärkten Nutzung regenerativer Energien in städtischen Liegenschaften und Einrichtungen sowie in den Anwesen der Wohnungsbaugesellschaften, an denen die Stadt beteiligt ist, ergriffen hat?
 - Information der Bürgerinnen und Bürger sowie der Betriebe vor Ort eingeleitet hat, um über den Einsatz, die Vorteile (und ggfls. auch gesicherten Erkenntnisse über Nachteile aufgrund anderer Zielkonflikte - Stichwort: Feinstaub) einzelner Energieträger und Versorgungssysteme sowie über die unterschiedlichsten Förderwege offensiv zu informieren?

Wetzlar, den 09.03.2007

gez. Manfred Wagner

Begründung:

„Global denken, lokal handeln“, dieser Slogan ist bereits ein wenig betagt, doch hat er an Aktualität nichts eingebüßt. Im Gegenteil – aktuelle energiepolitische Entwicklungen auf internationaler Ebene verdeutlichen die Notwendigkeit für alle Gemeinwesen, Maßnahmen zur nachhaltigen Nutzung regenerativer Energieträger zu ergreifen um sich aus Abhängigkeiten zu befreien und zugleich lokale Beiträge zum Klimaschutz zu erbringen. Diese Einschätzung ist mittlerweile allenthalben und losgelöst von politischen Grundüberzeugen etabliert.

Dass ein auf die Erstellung eines lokalen Energieversorgungskonzeptes zielender Haushaltsantrag der SPD Stadtverordnetenfraktion in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Februar 2007 bei den Koalitionsfraktionen auf Ablehnung stieß, ist in diesem Zusammenhang sicherlich mehr als eine Randbemerkung wert.

Besonders beachtlich war in diesem Zusammenhang aber die von einzelnen Rednern der Koalitionsfraktionen zur Ablehnung der SPD-Initiative vorgetragene Einschätzung, der Magistrat, namentlich der Dezernent für Wirtschaft und Umwelt, Stadtrat Hauptvogel, arbeite mit großem Engagement und mit Nachdruck an Fragen der lokalen Energieversorgung und der lokalen Beiträge zum Klimaschutz.

Da das Wissen über die angeblich umfänglichen Strategien und Aktivitäten des Magistrates in Gesamtheit und einzelner seiner hauptamtlichen Kommunalwahlbeamten in Sonderheit auf diesem auch für die Zukunft unserer Stadt äußerst wichtigen Themenfeld natürlich nicht nur den Mitgliedern der Koalitionsfraktionen vorbehalten bleiben kann, bedarf es der zügigen Vorlage eines umfassenden Berichtes des Magistrates.